

Medienmitteilung

Donnerstag, 12. August 2010

Wirkungsvoller Klimaschutz durch Engagement und Eigeninitiative

Die Tätigkeit der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW)

2009 war das neunte Jahr der operativen Tätigkeiten der EnAW. Das im Rahmen des aktuellen CO₂-Gesetzes entwickelte Kooperationsmodell zwischen Unternehmen, EnAW und Bund ist erfolgreich. Die engagierten Firmen leisten einen massgebenden Beitrag zu den Klimaschutzzielen der Schweiz. Es wäre bedauerlich dieses auf Freiwilligkeit beruhende System zu beschneiden.

Die Wirtschaft hält Wort und handelt im Klimaschutz. 2009 haben die der EnAW angeschlossenen rund 2000 Unternehmen ein Rekordergebnis geliefert. Erstmals überstieg die CO₂-Reduktion die Millionenschwelle. Hinter diesem Erfolg verbirgt sich eine erfolgreich etablierte Public-Private-Partnership zwischen Wirtschaft und Staat. Sie beruht auf Zielvereinbarungen zur CO₂-Reduktion und der Steigerung der Energieeffizienz. Als Dienstleistungsplattform organisiert die EnAW die Zielvereinbarungen und erarbeitet betriebspezifische Massnahmen mit denen die Unternehmen ihre Klimaschutzziele erreichen. Diese Massnahmen berücksichtigen Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Gehen Unternehmen eine konkrete Verpflichtung ein und erfüllen diese, werden sie von der CO₂-Abgabe befreit. „Dieses Prinzip der Freiwilligkeit hat in der Wirtschaft heute eine Dynamik ausgelöst, die die gesetzlichen Verpflichtungen übertreffen“, attestiert Armin Eberle, Geschäftsführer der Energie-Agentur der Wirtschaft. Im Vergleich zu 1990 beträgt die CO₂-Intensität noch 71 Prozent und liegt damit 12 Prozent über dem Ziel. Und mit 118 Prozentpunkten liegt auch die Energieeffizienz 8 Prozentpunkte über dem Ziel.

Die EnAW ist eine schlanke Organisation und setzt die Klimaschutzverpflichtungen der Wirtschaft kostengünstig um. Mit Beiträgen und Eigenleistungen tragen die Unternehmen 80 Prozent der Kosten von rund 15 Millionen Franken jährlich selber. Damit hat der Klimaschutzbeitrag der Wirtschaft die Schweiz nicht nur auf Kyoto-Kurs gebracht. Er ist sogar ein kostengünstiges Modell des Gesetzesvollzugs.

Sorgen bereiten der Wirtschaft die Bestrebungen des Bundes im Rahmen der laufenden Revision des CO₂-Gesetzes, das System der Zielvereinbarungen durch staatliche Vorgaben zu substituieren. Sie orientieren sich für die grössten 51 Emittenten der Schweiz am europäischen Emissionshandelssystem ETS, dessen künftige Ausgestaltung erst Ende 2010 klar wird. Andererseits sollen den energieintensiven Unternehmen Ziele, die zu einer Befreiung von der CO₂ Abgabe berechtigen, vorgegeben und nicht mehr aufgrund der Potenziale und Möglichkeiten ermittelt werden. Werden diese Vorschläge gutgeheissen, würde das etablierte System zwischen Bund, Unternehmen und EnAW gefährdet und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, insbesondere der energieintensiven möglicherweise tangiert. Aus diesem Grund appelliert Pascal Gentinetta, Präsident der Energie-Agentur der Wirtschaft: „Die Wirtschaft hat gezeigt, dass mit Engagement und Eigeninitiative in einem geeigneten Anreizsystem sehr viel Leistung mit wenig Aufwand für den Steuerzahler erreicht werden kann. Es bleibt zu hoffen, dass das Erfolgsmodell mit hohem Freiheitsgrad auch in der künftigen Gesetzgebung berücksichtigt bleibt.“

Auch Heinrich Bütikofer, Vorstandsmitglied EnAW unterstreicht, dass der Gesetzgeber Augenmass bewahren sollte. „Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, die sich als erfolgreich erwiesen haben, sind zu stärken und die technologischen Anreize für KMU zu fördern“. Dies vor allem mit Blick auf das Einsparpotenzial im Gewerbe und bei KMU. Eigens für Betriebe, deren Energiekosten jährlich weniger als 300'000 Franken liegen hat die EnAW das KMU-Modell entwickelt. Damit soll das weiter verstreute Potenzial ausgeschöpft und die Bereitschaft im Gewerbe abgeholt werden. Bis Ende 2009 wurde das KMU-Modell in 217 Betrieben umgesetzt.

Rückfragen:

Dr. Armin Eberle
Telefon: 044 421 34 45
armin.eberle@enaw.ch